

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Ersteilung wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 2,40 Mark. — An Mitglieder des Zentralverbandes wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt. — Einzelhefte in der Reichspostzeitung unter Nr. 7528.

Schriftleitung und Verlagsstelle:
Leipzig
Gerberstraße 1, IV., Viktoriahotel
Telephonamt 7503.

Schluss des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Anzeigengebühr für die dreispaltige Kleinzeile 2.— M.
Anzeigen werden nur bei vorheriger Einzahlung der Kosten aufgenommen.

Nr. 50.

Sonnabend, den 11. Dezember 1920.

24. Jahrgang

Der vierteljährliche Bezugspreis für den „Steinarbeiter“ wird ab 1. Januar 1921 von 2,40 auf 3 M. erhöht. Die fortwährende Steigerung der Druckpreise ist die Veranlassung dazu.

Lohnbewegungen.

Zur Beachtung: Kosten dieser Rubrik werden nur dann für die Höhe wiederholt, wenn der Schriftleitung die spätere Meinung sich entsprechende Mitteilung vorliegt.

Sperre:

Firma Martin Peter in Borsdorf (Baden). Großbleicherei
Firma Martin in Pörsdorf. Plaz Granitz in Riesa.

Streik bzw. Aussperrung:

Firma Friedr. Pfeiffer in Reibitzsch und dem Kohlsteinbruch der Firma Friedr. Pfeiffer in Reibitzsch wurde die Arbeit eingestellt.

Zwang zur Fortzahlung:

Nach den bereits genannten Orten unter Sperre und Streit nach Halle (Steinmetzen); nach Stuttgart, nach Saargemünd in Lothr. Die Firma „Ullrich de Granit et Mardre“ will an Stelle des Stundenlohnes die Akkordarbeit einführen.

Wahl der Meister- und Schlichterämter. Der Schlichtungsausschuss der Bauarbeiter hat am 1. Dezember 10 Prozent auf die bestehenden Lohnsätze zugesprochen. Diese minimale Erhöhung, die mit der Leistung in keinem Verhältnis steht, wurde von beiden Seiten, allerdings aus den entgegengesetzten Polven heraus, abgelehnt.

Beachtete Lohnbewegungen für die Schleifereibetriebe.

Die Verbandsektion hat beim Verband Deutscher Gewerkschaften die Erhöhung der Lohnsätze von 400 auf 500 Prozent beantragt.

Ereignisse Bewegungen:

Hessische a. Harz. Bei der Firma Wiegand scheint der Werkmeister K. u. d. früherer Verbandsmitglied in Berlin, keine vermittelnde Rolle für haben und drüben spielen zu können. Die in voriger Nummer gemeldete Aussperrung wurde durch Eingreifen des Schlichtungsausschusses in Halberstadt wieder eingeleitet. „Dort“ gab Herr K. u. d. ein Verlangen ab, die Belegschaft vollständig zu beurlauben. Das mögen wir dort für Zustände herrschen? Für Gemalmten und erregte Personen ist heute kein Platz mehr in leitenden Stellen, das möchte unbedingt beachtet werden! Hoffentlich ist die beendete Aussperrung eine Lehre!

Auch. Die Lohnbewegung hat sich auch bei der Firma Flehner & Schulenberg hier erledigt. Eine Sperre besteht nicht.

Die Idee.

D. sie verstehen es heute auch noch, nalerlampend und hochmütig herabzusehen auf den Mann der Arbeit, jene fatten Moral- und Lasterdämonen des honetten Bürgertums! Was versteht die „große Idee“ von Kunst und Literatur! Nur nackter Materialismus, krasser Egoismus beherrscht sie und sie neidet dem Bürger den besseren Kopf und sogar die Auslandsreisen im Rücken. So argumentieren sie und haben die bösen Alltagsorgen zu verschleimen im gutbürgerlichen Regelmäßig oder in ihrer frisch-fröhlich-fröhlichen Viedertel!

Dah nur armelige Einseitigkeit solche bornierten Ansichten produziert; das leuchtet diesen „besseren“ Menschen nie ein. So etwas wie billige Selbstverleumdung kommt bei ihnen nicht auf. Und dennoch spiegelt sie richtig genommen mit solchen Anschauungen nur das winzige Seelenleben der eigenen, ach so engstirnig philisterhaften Persönlichkeit wider! Denn ihr Kunst- und Literaturgenuss ist jenseitig nur schmale, nichtige Hindernisse in ihrem Wege, auf diesem Grunde lag einige gelehrte ausschauende Stichworterlein wägen. Aber sie tun mir, weil es sich doch nur mal zum seinen Ton schließt, und weil „Gelehrtheit“ und Kunstverständnis zum „höheren“ Leben gehören. Und sie hängen in ihrer Viedertel den Reim auf Liebe und Trieb, auf Herz und Schmerz, auf Gott und Lob voller Jubel und tränenreich und betenden sich bei jeder Gelegenheit zur „höheren Ethik“.

Laßt sie! Sie sind die Opfer der sie umgebenden honett-bürgerlichen Gefühlswelt, die für die kleine Sache, für modernen Bürgertum in Begleitung macht und in der jeder seinen einseitigen und im Grunde amoralischen Neigungen nachgeht. Aber sie halten sich für bessere Menschen, weil sie doch auch mal etwas für „wahre“ Kunst und Wissenschaft aufzubringen vermögen und sich dadurch in eine vornehmere Pose setzen gegenüber der „großen Masse“, die ihrer Meinung nach nur von krassem Materialismus und böse Menschenneid erfüllt ist. Und doch sind sie selber die größten Egoisten. Denn sie empfinden nur für ihre Angelegenheiten, obwohl wir doch alle einmals noder als Menschen auf die Welt gekommen sind. Ihnen ergeht der unmaßlose Sinn für Gerechtigkeit, der alle glücklich sehen möchte, in dem sich alle nach dem wahrhaft Schönen sehnen! Sie sehen nur das eigene Ich und Sozialismus ist ihnen Scheu und Grauel, weil dann ja ihr heiliges Vorrecht in die Brüche gehen könnte. Und so distanzieren sie alles, was irgendwie noch Gerechtigkeit und freiem Menschentum riecht und ihr Leben ist nichts weiter als eine Kette leichter materialistischer Gefühlswelt. Sie gisten sich über die anderen und sitzen bis über die Ohren im Glanz des Egoismus und des Materialismus.

Ah, wenn ihr doch aus eurem kümmerlichen, einseitigen Persönlichkeitsleben herausstretet und das Streben der Masse beschauen würdet mit andern Augen als eure euch gleichgesinnte Umwelt! Die Idee, das Große lehrt ihr nicht, nur die vielen menschlichen Kleinlichkeiten, die euch laienhaftig vor die Augen wirbeln. Und ihr lehrt da natürlich manches Spielchen und Niederige. Und dann lehrt ihr nur Hes, und das Große, das wahrhaft Erhabene ergeht euch. Ich aber sage: Was sind Alltagsigkeiten gegen die Idee! An diese reichen sie nicht heran und ihrer vielfältigen Nichtigkeit und mit ihrem Schmutz. Doch wer nur Nichtigkeit und Schmutz sieht und daran pharisäisch das Auge weidet, dem ergeht das Große und er selbst bleibt Nichtigkeit und egoistischer Scherkanak des menschlichen Lebens.

Ich beten: Auch die Arbeiterbewegung hat im Grunde materialistische Triebfedern. Alle Parteien, gleichgültig welche, bilden ein Bündnis zur Hochhaltung und Verfolgung nichtmoralischer, materieller Interessen. Und wenn die letzteren noch so egoistisch sind, alle verbrennen sie Streben mit der Allgemeinheit gemäßen Schlagworten, um auch die, die durch solches Streben unter den Schritten geraten können, in ihre Jaws und Jaws zu tödnen. Keine Parteien aber außer der

sozialistischen können im Ernste nachweisen, daß ihre Bestrebungen aus Gange übertragen der Menschheit nützen und sie einer höheren Kulturstufe zuführen? Das wäre ihnen unmöglich. Aber diesen hohen ethischen der Gesamtmenschheit dienenden Wert, der einzig und allein dem Sozialismus innewohnt, den begreifen sie dennoch nicht, wollen es nicht begreifen, weil dadurch ihre geheiligten Sonderrechte (das ererbte Vorrecht und Anrecht) ins Wanken kämen.

Und wie steht es mit der modernen Gewerkschaftsbewegung? Auch hier bekeme ich, daß deren Entstehung und Fortentwicklung materialistische Ursprungs ist. Aber ist sie nicht zugleich geboren aus der Erkenntnis jahrtausendalten blutigen Unrechts, ausgeübt von Besornteten an der Mehrheit der Menschheit? Ist sie nicht zugleich das Streben nach allgemeinem Menschentum, nach Licht und Sonne aus dem Jode erdungsreicher, unheimlicher Finsternis? Ist es nicht das Streben, sich nicht nur zufriedener, sondern als Mensch zu leben und auf den Höhen bester Arbeit hinauszuweisen in den blauen Aether vollkommener Erkenntnis, woher Kultur und Daseinsfreude?

Die Idee, das Große und Erhabene, das Unvergängliche zu erkennen, ist jener honetten, besseren Gesellschaft nicht möglich. Ihre Gedankenwege bewegen sich in Alltäglichem, sie sehen den nahen Kern der Arbeiterbewegung, ihnen ergeht die umfassende Menschheitsidee, die dieser Bewegung zugrunde liegt und ihr den wahren, über die Interessengruppe weit hinausragenden Inhalt gibt. Dem stehen sie einfach verständnislos gegenüber. Und wo bestimmte Funktionen verloren, da ist jede Belehrung ausichtslos. Der Blinde verfehlt auch nur die brennende Hitze unter heißer Sonne und er wird nie den Zauber einer mähgenst schonen Tropenlandschaft begreifen...

Ein Protest.

Dem Verbandsvorstand wurde von der Rahlstelle Halle ein Protest übermittelt gegen die „herausfordernde“ Schreibe des Steinarbeiters, und zwar wird das „Herausfordernde“ in dem Artikel in Nr. 48 „Man hat uns Gelsbe genannt“ erblickt. In dem Protest der Rahlstelle heißt es bann weiter: er (der Redakteur) soll nicht Arbeiterführer bekämpfen, wie Sinowjew und Losowski, gegen diese ist er jedoch nur ein „kleiner Medler“.

Der Redakteur wurde ein Gegenartikel nebst Anschreiben von der Rahlstelle zugestellt, in dem unter andern geschrieben steht: „... wir wünschen es, daß diese Antwort ohne jede Anfechtung im Steinarbeiter erscheint. Wir sind ganz erstauet, daß Du den Mut besitzt, Arbeiterführer anzugreifen, die für das Proletariat mehr geschaffen haben, als Du in Deinem ganzen Leben schaffen kannst“.

Es ist allerdings eine merkwürdige Fribolität in Augen von Kommunisten und Sozialisten, wenn man versucht, ihren Vorhelfen auf die Finger zu klopfen. Am liebsten würden sie dann solche Hebelträger nach Art der längst vermoderten Inquisitionen- und Kemgerichte aburteilen, schließlich auch noch den früheren Majestätsbeleidigungsparagrafen zugrunde legen. Doch lassen wir noch den protestierenden Kollegen in Halle das Wort:

Man hat uns Gelsbe genannt! Und mit Recht. Natürlich nicht die revolutionäre Arbeiterchaft ist da gemeint, sondern ihre Gewerkschaftsführer mit ihren Gefinnungsgenossen, die die politische Macht aus die Hände der Arbeiterchaft in die Hände der Bourgeoisie gespielt haben.

Wir Halleischen Kollegen mit der Halleischen Arbeiterchaft haben Beifall gestiftet mit den größeren Teil der Arbeitervertreter Deutschlands, denen Losowski nur das beständige, was wir von diesen Leuten gehalten haben. Männer, die vom Wesen unserer Gewerkschaften keine Ahnung haben, haben schon den Kapitalismus erblüht, unsere Gewerkschaftsführer denken gar nicht daran. Unsere Gewerkschaftsführer protestieren gegen russische Streikverbote, wo sind aber diese gewesen, wo den Berliner Elektrizitätsarbeitern der Streik verboten war?

Wenn Losowski sagte: Unsere Gewerkschaftsführer sind Verleugner der Bourgeoisie, hat er nicht die ethischen Führer gemeint, wir brauchen nicht erst bei Legion anfangen, nur bei unserem Vorstand, der unsere Großen, die wir zur Bekämpfung des Kapitalismus sammeln, wurden der Bourgeoisie zur Verfügung gestellt als Kriensanleihe zu imperialistischen Zwecken. Als wir im April d. J. unsere Lohnforderungen dem Rentralvorstand bekannt gegeben haben, da schrieb uns Staudinger: Das ist zuviel, was ihr verlangt, 10 Prozent auf Maurerlohn, das macht 68 Pfennig pro Stunde, pro Tag 4,48 und die Woche 28,88 M. Ist denn das keine Interessenvertretung des Kapitals?

Der Chor sprachte Beifall Männern, die der deutschen Arbeiterchaft die blinde Vertrauensseligkeit gebrochen haben. Unsere Sache ist es jetzt, unseren Gewerkschaften revolutionäre Grundlagen geben, daß sie statt gelb, rot werden!

Halle.

Hans Patrik.

Als wir das alles gelesen, war das Urteil: Soviel Worte, soviel Unfuss und anders als sonst in Menschentönen malt sich in diesem Kopf die Welt! Mit der Arbeiterchaft Deutschlands, die Halleischen Kollegen eingeschlossen, wäre es schlecht bestellt, wenn sie solche Führer hätte, die sich die Logik des Kollegen Patrik zu eigen machen wollten. Wir sind überzeugt, daß die Mehrzahl unserer Verbandsmitglieder die Selbstkürzung, wie sie in dem Halleischen Artikel vorgekommen wird, energisch zurückweist. Wer auf ihre Führer tritt und damit nur nachbapelt, was von der „erfahrenen“ großen Sinowjew, Losowski, Lenin usw. behauptet wird, der kennt ebensovwenig wie die Russen die deutsche Arbeiterbewegung oder er ist ein böswilliger Verleumbler! Als Widerungsgrund könnte allenfalls noch ins Feld geführt werden, daß die Kenntnis von der deutschen Arbeiterbewegung dem Vertreter des Kapitals nicht so lange geschlummerte Energie in der Vertretung von Arbeiterinteressen entbehrt hat. Eine Diskussion in allen solchen Fällen hat wenig Wert und wenn wir einmal unteruchen würden, wo jene, die jetzt den Mund so voll reden von Revolution, Bourgeoisie und Gelsbe, vor der Revolution gewirkt haben, die organisierte Arbeiterchaft erlebte ein blaues Wunder. Ein und wieder ist es schon gelungen, so manchen Wortkatheten die Maske herunterzureißen, sie sind dann fast ohne Ausnahme wieder in der Vertiefung verschwunden. So wird es auch in der Zukunft noch anderen gehen. Bedauerlich ist nur, daß ein Teil Arbeiter die Gesellschaft bildet und sich schübend vor den Wortkatheten stellt. Wie sagt Goethe in seinem Faust: „In bunten Fibern menia Arbeit, viel Arrtum und ein fänschen Wahrheit, so wird der beste Franz gebrant, der alle Welt erquid und aufbraut!“ Die Redaktion schenkt dem Artikelschreiber deshalb auch die gegen sie gerichteten unqualifizierbaren Bemerkungen, und lehnt

es ab, nach der Methode der Sinowjew und Losowski zu handeln. Die sonstigen Unrichtigkeiten in dem Halleischen Artikel sind schon oft widerlegt, sie werden durch Wiederholungen noch lange nicht zur Wahrheit. Wir wollen jedoch nicht um den Kern der Sache herumgehen, sondern sagen, was unter dem Halleischen Artikel glimmt und eine Gefahr für die deutschen Gewerkschaften ist. Dazu wollen wir kurz unsere Stellung präzisieren, unbedünmert, daß es diesem oder jenem Heißsporn nicht gefallen wird.

In den Richtlinien der 3. Internationale, deren Vertreter Sinowjew und Losowski sind, die von den Halleischen Kollegen so gepriesen werden, heißt es im Punkt 2:

„Jede Partei, die der kommunistischen Internationale anzu gehören wünscht, muß systematisch und beharrlich eine kommunistische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeiter- und Betriebsräte, der Konsumgenossenschaften und anderer Massenorganisationen der Arbeiter entfalten. Innerhalb dieser Organisationen ist es notwendig, kommunistische Zellen zu organisieren, die durch andauernde und beharrliche Arbeit die Gewerkschaften usw. für die Sache des Kommunismus gewinnen sollen. Die Zellen sind verpflichtet, in ihrer täglichen Arbeit überall den Verant der Sozialpatrioten und die Bonfelmütigen des „Zentrums“ zu entlarven. Die kommunistischen Zellen müssen der Gesamtpartei vollständig untergeordnet sein.“

Diese Bestimmung sagt offen, wie die Gewerkschaften für bestimmte Zwecke zu bearbeiten sind. Jedes Mittel soll dabei nicht sein. Lenin hat dazu folgende Anweisung gegeben:

„Man muß zu jeglichen Opfern bereit sein, sogar — falls es nötig ist — verschiedene Missetätige, Vist, illegale Methoden, Verschweigen, Verbergen der Wahrheit anwenden, um nur in die Gewerkschaften einzudringen, dort zu bleiben, innerhalb derselben um jeden Preis kommunistische Tätigkeit zu entfalten.“

Nun waren die Vertreter der 3. Internationale stralich in Deutschland und haben es hier fertig gebracht, in großen Tagungen (Betriebsrätekonferenz, Parteitag der U. S. B.) vor freigeberchaftlich organisierten Arbeitern den Vorwurf zu erheben, daß sie „Gelsbe“ seien und haben weiter aufgefordert, den Kampf gegen die angeblich „gelbe“ Amsterdamer Internationale aufzunehmen. Die letztere ist die Zusammenfassung der Gewerkschaften aller Länder, selbstredend gehören ihr auch die deutschen freien Gewerkschaften an. Insgesamt 27 Millionen Arbeiter erkennen in der 2. Internationale ihre berufene Vertretung. Wenn nun die Augen in der Effike ihrer Verleumbilder diese 27 Millionen Arbeiter als „gelb“ beschimpfen, so braucht das weiter keine Widerlegung, weil die Behauptung tatsächlicher Vidsinn ist. Nur vollkommen gedankenlose Menschen können so etwas ernst nehmen. Wir haben deshalb in Nr. 48 des „Steinarbeiter“ lediglich nur festgesetzt, daß die russischen Vertreter mit bewusster Verleumdung gegen die Deutschen Gewerkschaften arbeiten. Die von der 3. Internationale aufgestellten Richtlinien greifen in das Gebiet der Gewerkschaften ein, sie wollen nicht mehr und nicht weniger als die Gewerkschaften ihren Acken entfremden und sie zu ausführenden Organen der politischen Ziele Sowjet-Rußlands machen. Glauben denn vielleicht die Halleischen Kollegen mit ihren Wortführer Patrik, daß die Redaktion und der Verbandsvorstand diesem Treiben mit Rücksicht zusehen? Da irren sie sich gewaltig! Jede Tätigkeit der Verbandsmitglieder, die irgendeine Gefahr ist, bis Interessen des Verbandes oder seiner Satungen zu verletzen, wird von Redaktion und Verbandsvorstand mit aller Energie bekämpft. In dieser Kampfstellung wissen wir uns auch einm mit der Mehrzahl der Verbandsmitglieder!

Die russische Heißlehre lehnen wir für die Gewerkschaften ab, es sei denn, ein Verbandsstag macht sie sich zu eigen; vorläufig hat es damit aber noch lange Wege. Die russischen Gewerkschaften haben jede Bedeutung auf wirtschaftlichem Gebiet verloren. Das Streikrecht ist ihnen genommen. Sie sehen sich schweren Strafen aus, wenn sie das uns in Reich und Blut übergegangene Recht der Arbeitsverweigerung für sich in Anspruch nehmen. Das wurde erst vor kurzem in einem Artikel über die Moskauer Buchdrucker eingehend beleuchtet. Gegen solche Zukunftsnebel wehren wir uns.

In Deutschland hat die kommunistische Partei (R. P. D.) sich bereit gefunden, im Sinne der Moskauer Bedingungen zu wirken. Der linke Flügel der U. S. B. hat sich auf denselben Standpunkt gestellt und beide wollen nun kommunistische Zellen in den Gewerkschaften organisieren; dagegen kämpfen wir! Selbstredend auch dann, wenn es diesem oder jenem Kollegen, dieser oder jener Rahlstelle nicht in ihr Vorhaben paßt. Am 28. Oktober schrieb das unabhängige Zentralorgan, die „Freiheit“:

Die Zersplitterung der Arbeiterorganisationen hat sich bisher auf die politischen Parteien beschränkt. Die starke Macht der freien deutschen Gewerkschaften hat allen sozialistischen und sonstigen Bestrebungen zum Trost ihre Geschlossenheit bewahrt. Neuedings sind jedoch Kräfte am Werk, die die Art an die Wurzel dieser Geschlossenheit legen wollen. Wir haben bereits mitgeteilt, daß die Neokommunisten in Halle mit der Vertiefungs- und Zersetzungsarbeit in den Gewerkschaften begonnen haben.

Diese Methode soll nun an allen Orten, wo die Moskauer Fuß gefaßt haben, konsequent fortgesetzt werden. In Berlin hofft man den nächsten Erfolg dieser planmäßigen Vertiefungsarbeit zu erzielen. So hat schon Mitte September Richard Müller in einer Gewerkschaftsversammlung der Berliner Metallarbeiter die Wahl von Angehörigen verhindert mit der Begründung, daß sich „weltpolitische Probleme“ vorbereiten, die erst geklärt werden müßten. Damit war gemeint, daß die Neuwahl der Angestellten so lange hinausgeschoben werden sollte, bis man offen mit der Parole herausstreiten konnte, daß nur Anhänger der kommunistischen Internationale beugigt sind, Gewerkschaftsfunktionäre zu werden.

Gewerkschaftsangelegenheiten! Die Vertiefung der Gewerkschaften, nach Moskauer Muster durchgeführt, bedeutet die völlige Lohnverweigerung der Strohkraft des deutschen Proletariats. Wer die Gewerkschaften zerstört, vernichtet ein Fundament des wirtschaftlichen Kampfes. Wir fordern euch auf, dieser Wahnsinnstakt der Spaltungsmaschinerie mit aller Kraft entgegenzutreten. Durch die Festlegung auf unerfüllbare Forderungen des Exekutivkomitees der 3. Moskauer Internationale ist der fette Bau der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gesprengt worden, dieselbe Gefahr droht jetzt den Gewerkschaften, wenn hier nicht rechtzeitig entgegengetreten wird.

Gewerkschaftsangelegenheiten! Wo ihr die Geschlossenheit der freien deutschen Gewerkschaften wahren, dann bekämpft die bödartige Saat, bevor die ersten Keime aufgehen. Zrelet allen Spaltungswünschen fest und entschlossen entgegen. Weigt Rückgrat. Es geht um das Schicksal der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Entwicklung bedingt eine erhebliche Erweiterung unserer Aufgaben. Wir können uns nicht mehr auf die Fragen der Löhne, Arbeitszeit und Arbeiterrecht beschränken. Früher war alles andere den politischen Parteien überlassen. In allen Ländern hat die Erfahrung während des Krieges gezeigt, daß alles, was die Lage der Arbeiter zu beeinflussen vermochte, in den Händen der gewerkschaftlichen Tätigkeit gegeben werden muß. Diese im Kampfe im letzten Jahre angenommenen Grundsätze haben wir bald zu verwirklichen versucht, wie der Bericht gegen Anfang, die Aktion gegen jede Waffenbeschaffung nach Polen oder Rußland zeigt. In Deutschland haben die Gewerkschaften im Verlauf des Jahres durch die Androhung eines Generalstreiks die Verfassung des Landes geändert. Auch die deutschen Gewerkschaften werden ihre Republik durch den Generalstreik im Jahre 1919 durchsetzen. Die politische Tätigkeit der Gewerkschaften setzt das Anstreben neuer Tendenzen in der Arbeiterbewegung aller Länder, die wir fördern, vereinigen müssen in unsern Kampf gegen die Reaktion und für eine neue Gesellschaftsform. Wenn wir doch immer mehr, wie wenig Wert alle unsere Errungenschaften haben, solange die kapitalistische Klasse die Herrschaft behält, neue Kräfte zu entwickeln und alles bis dahin Erreichte wieder zu vernichten. Daher ist die erste und wichtigste Aufgabe die Bekämpfung des Militarismus. Bei allem jedoch sollten wir die eigene Kraft nicht übersehen, die Kräfte der Welt nicht unterschätzen und bedenken, daß unsere 24 Millionen Mitglieder erst noch dazu erzogen werden müssen, bereitwillig alle die Opfer zu bringen, die vielleicht noch nötig sein werden. Der wahre Welt internationaler Solidarität besteht noch nicht überall, wie das Fernbleiben der Amerikaner und der Russen von diesem Kongreß zeigt. Ihre Mitarbeit würde unsere Internationale unendlich viel stärken machen. Mit Rußland haben wir feierlichste Verbindungen anknüpfen versucht, aber alle unsere Briefe und Telegramme sind ohne Antwort geblieben. Nur durch die Presse erfahren wir die unfröhlichen Behauptungen und Angriffe der Russen gegen uns. Danach sind wir an das Kapital verkauft, selbst Sozialparteiisten u. dgl. Dabei ist unsere Organisation die einzige, welche auch den russischen Arbeitern praktische Solidarität bewiesen hat. Keine bolschewistische Organisation hat das bisher getan. Wir „Sozialen“ und „Sozialparteiisten“ haben sicher dazu beigetragen, Rußland zu einem Frieden mit Polen zu verhelfen. Das Fernbleiben der Gewerkschaften im fernsten Westen und Osten ist uns so bedauerlich, als es nur der Unkenntnis der Dinge entspricht.

Was muß der Kampf um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit fortgesetzt werden, aber wir dürfen dabei nicht vergessen, daß dies nicht die Hauptsache ist. Vielmehr muß die Energie der Arbeiter, statt in Demonstrationen gesplittert zu bleiben, immer mehr für die großen Kämpfe gesammelt werden. Dazu sollten besonders die internationalen Berufsvereinigungen beitragen. (Starker Beifall.)
Simmern unterbreitete dann drei Anträge, betreffend: 1. die internationale Lage, 2. den Achthunderttag und 3. den Sozialismus.

Eine ansehbare Demobilisierungsverordnung.

Die Demobilisierungsverordnungen über die Wiederinstellung der Kriegsteilnehmer, über die Arbeitsordnung und Entlassung bzw. Stilllegung von Betrieben wurden von der Reichsregierung als notwendige Begleiterscheinungen unserer Wirtschaftskrisis empfunden und anerkannt. In der Hauptsache deshalb, weil sie ja zum Schutze der Arbeiterkraft selbst bestimmt waren und sich auch in dieser Richtung auswirkten. Auch die neuere veränderte Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen, die insbesondere einer rückläufigen Bewegung der städtischen Arbeitslosenziffern bzw. dem Ausgleich zwischen Stadt und Land dienen sollte, kann bis zu einem gewissen Grade als sehr berechtigt angesehen werden. Und doch ergeben sich in der Praxis außerordentliche Härten für Arbeiter und Arbeiterinnen, die in einiger Entfernung von den Städten wohnen, in denen sie arbeiten.

In der gleichen Weise wirkt auch in vielen Fällen die Freimachung von Arbeitsstellen, in denen bisher Frauen beschäftigt waren, zugunsten von männlichen Arbeitslosen. Es mag ja in den heutigen unruhigen Zeiten recht bequem und nützlich sein, die männlichen Arbeitslosen unter allen Umständen von der Straße zu schaffen. Andererseits darf jedoch nicht vergessen werden, daß die Frauen heute auch die gleichen Rechte haben wie die Männer und daß sehr viele von ihnen heute auf Erwerb dringend angewiesen sind, die in der Vorkriegszeit an Erwerbsarbeit nicht dachten. (Kriegerwitwen u. a. m.)

In Frankfurt a. M., die als Arbeiterstadt eine fast einzig bestehende Gewerbe hat, insofern nämlich, als Tausende von Arbeitern täglich oder wöchentlich aus ihren mehr oder weniger entfernten Heimatdörfern zur Arbeit herbeikommen (die hiesige Ortskrankenkasse hat 4. 6. Verträge mit Bezügen bis zu hundert von Kilometern in der Runde abgeschlossen), machen sich diese Bestimmungen über die Freimachung von Arbeitsstellen in ihrer ganzen Härte bemerkbar. Hunderte, ja Tausende solcher Arbeiter, die jahre- und jahrzehntelang hier arbeiteten, sollen nun gezwungen werden, ihre alten Arbeitsstellen aufzugeben.

Wie tief gerade diese Bestimmungen in das Frankfurter Arbeiterleben einschneiden, mag folgendes bezeugen: Nach zuverlässigen Mitteilungen aus dem hiesigen Arbeitsamt sind von den Arbeitgebern auf Grund der außerordentlich scharfen Bestimmungen der Verordnung über 10000 Arbeitsstellen zur Freimachung gemeldet. Demgegenüber stehen zur Zeit etwa 4600 Arbeitsstellen, die hier wohnende Arbeitslose zur Verfügung ganz abgesehen von der beträchtlichen Überlegenheit, die das Gesamtbild nachweislich zu verzeichnen in der Lage ist.

In unserem Bezirk macht sich nun folgendes Bild bemerkbar: Als arbeitslos sind etwa 16 Kollegen, fast restlos Hausfrauen, gemeldet. Einige sind auch schon in Erd- und Bauhilfsarbeiten beschäftigt. Freimachende Arbeitsstellen sind jedoch fast nur in der Marine- und Grubenbetriebe vorhanden. Und gerade hier trifft es vielfach Kollegen, die schon bald ein Fernbleiben in Frankfurt und meist bei ein und derselben Firma beschäftigt sind.

Es soll ja nun vorkommen, daß einige dieser Kollegen in ihrem Wohnort zu weit entfernten Gütern geeignet sein sollen, daß sie auf einen Erwerb im strengen Sinne des Wortes nicht mehr angewiesen wären. Diese Fälle, falls sie wirklich vorhanden sind, müßten es nicht verkannt werden darf, daß der Begriff über den Wert dieser entfernten Güter, die ein, vielleicht auch nur vorübergehendes Ausruhen auf ihnen gestatten würde, zur Zeit sehr weit gedrückt werden kann.

Anderer liegt es jedoch mit den Kollegen, die auf Erwerb angewiesen sind und einen solchen in ihrem Heimatort nur schwer finden können. Diese Kollegen müssen sich meiner Auffassung nach mit aller Schärfe gegen die oft unüberkennbare, oft übertrieben noch falsch ausgelegte Bestimmungen wenden.

Vielmehr herrscht unter der Arbeiterklasse die Meinung, daß sie gegen diese Verordnung, soweit sie sich in ihrer Auswirkung

unangenehm und hart erweist, nichts unternehmen können. Diese Meinung ist falsch. Jeder Kollege, für den die Freimachung seiner Arbeitsstelle ein unüberwindliches Hindernis darstellt, sollte sich sofort an den Reichsausschuß wenden, um sich über die Freimachung seiner Arbeitsstelle zu informieren. Es ist nicht zu übersehen, daß die Freimachung von Arbeitsstellen ein sehr wichtiger Bestandteil der Kriegswirtschaft ist. Die Freimachung von Arbeitsstellen ist ein sehr wichtiger Bestandteil der Kriegswirtschaft. Die Freimachung von Arbeitsstellen ist ein sehr wichtiger Bestandteil der Kriegswirtschaft.

Die Freimachung von Arbeitsstellen ist ein sehr wichtiger Bestandteil der Kriegswirtschaft. Die Freimachung von Arbeitsstellen ist ein sehr wichtiger Bestandteil der Kriegswirtschaft. Die Freimachung von Arbeitsstellen ist ein sehr wichtiger Bestandteil der Kriegswirtschaft.

Aus den Zahlstellen.

Ortenau. Am 21. November tagte unsere Monatsversammlung im Gasthof zum Fährlein. Erschienen war nur ein Teil der Kollegen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende unseres verstorbenen Kollegen J. Unschick. Sein Andenken wurde in üblicher Weise geehrt. Scharf sind Klagen hier über faule Konjunktur, was sich vielleicht bald bessert, da die Kanalisierung des Rheines in Aussicht genommen ist. Es ist wünschenswert, wenn die Sache recht bald in Gang kommt. Leider muß auch der schlechte Verfallungsbesuch gerügt werden. Kein Kollege darf den Zutritt lassen und muß die Versammlung recht oft besuchen. Das erfordert das eigene Interesse von jedem Kollegen. Nur durch Einigkeit zum Ziele! Die Arbeiterberufe werden hier gut, die jetzige Zeit auszunutzen. Sie klagen nun und müssen angeblich bei jedem Stück Arbeit Geld zulegen. Am Jahresabschluss haben sie aber doch ein Gehalt gemacht. Unsere Zahlstelle ist soweit gebildet, daß sie schon mal einen Gehalt in Bewegung setzen kann, nur Energie und guten Willen fehlen, dann kommt von selber die Unentschiedenheit im Verfall! Mit einem Mahnwort an die Kollegen, die Versammlungen besser zu besuchen, schloß der Vorsitzende die Tagung.

Chemnitz. In der am Sonntag, dem 21. November, bei Schönbach stattgefundenen Mitgliederversammlung gedachte der Vorsitzende Kollege Wagner in kurzen Worten des unergiebigen Verbandsvorstandes Kollegen Alois Staudinger und würdigte die Verdienste, die der Verordnete dem Verband und somit der ganzen Eisenarbeiterchaft geleistet hat. Die Verammelten hatten sich von den Wahlen erhoben, hierauf erkrankte der Kollege Prof. Dr. in der Kassenberichterstattung. Aus ihm ist zu ersehen: Einnahme 1894.50 M., Ausgabe der Zahlstelle 151.65 M., bleibt ein Kassenbestand von 1742.85 M. Am 29. arbeitslose Kollegen wurden 66.50 M. ausgezahlt. Mitgliederbestand am Schluß des Quartals: 60. Hierauf wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Zu Punkt 2 kommt ein Schreiben von der Zahlstelle Straßburg (2. Gau) zur Beratung, dem durch ein Brandunglück geschädigten Carlauer Kollegen wird ein Betrag von 50 M. gewährt. Dann bringt Kollege Wagner ein Muster der Arbeitsordnung zum Vortrag, worüber sich eine längere Aussprache entspinnt. Nach längerem Hin und Her wird dieser Punkt zurückgestellt und einer Kommission, bestehend aus den Betriebsleitern, überwiesen. Eingegangene Bänder vom A. D. S. B. und Ua werden unter die Betriebsleiter verteilt. Unter Vorbehalt kommt die Lohnfrage des Betriebes W. L. S. zur Sprache. Material und Unterlagen sollen beschafft werden, um zu prüfen und anderwärts Hilfe zu schaffen. Auf Anregung der Kollegen Wagner und Bürger wurden dem Kassierer pro Quartal 50 M. als Entschädigung gewährt, den Unterhaltenden 3 Prozent bewilligt, des weiteren zum Lohn des Kollegen Schickels 25 M. Scharf getadelt wurde die zu niedrige Beitragsleistung vieler Kollegen und aufgefordert, sie zu revidieren. Ausnahme soll nur bei allen Invaliden gemacht und von Fall zu Fall entschieden werden. Nach kurzen Ermahnungen des Vorsitzenden, treu und fest zur Gewerkschaft zu halten und sich nicht irre machen zu lassen durch die Böhlerer der A. U. Unionisten, schloß er die Versammlung. Anwesend 21 Kollegen.

Romero. Am 20. November tagte im Gasthof zum Kronprinz unsere Monatsversammlung, zu der der Gauleiter Kollege Senf erschienen war. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken unseres Kollegen Staudinger in üblicher Weise geehrt. Darauf hielt Kollege Senf ein längeres Referat über die wirtschaftliche Lage der Steinarbeiter. Ausgehend von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage Deutschlands verwies er darauf, daß der Steinarbeiterverband alles unternommen habe, um die Löhne der Steinarbeiter zu erhöhen. Wenn wir anderen Berufsgruppen noch nachsehen, so müssen die Kollegen bedenken, daß die Steinindustrie keine Kriegswirtschaft war, wir also hier viel nachzuholen hatten. Auch hat ein großer Teil der Kollegen erst nach der Revolution den Weg zur Organisation gefunden. Weiter ersuchte er die Kollegen, nicht nur Kritik zu üben, sondern mitzuarbeiten und allen Persönlichkeitsleistungen von der Gewerkschaftsbewegung, die noch das einzigste feste Bollwerk der Arbeiterkraft ist, scharf entgegenzutreten. Seine Ausführungen fanden alleseitige Anerkennung. Unter „Gewerkschaftliches“ gab der Vorsitzende nach Bericht von den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß mit den Unternehmern der Schottergruppe. Der Schlichtungsbericht, welcher dort gefaßt wurde, wurde von den Kollegen scharf kritisiert. Die Preissteigerung in den letzten Wochen scheinen die Herren Unternehmer noch nicht gemerkt zu haben. Weiter gab der Vorsitzende noch bekannt, daß der Vereinigung der Granitwerksteingruppe eine Forderung auf Erhöhung der Teuerungszulage unterbreitet worden ist. In der Debatte wurde ein Antrag vom Kollegen Wilsen eingebracht, den Steinarbeiter wegen der hohen Papierpreise nur alle 14 Tage erscheinen zu lassen. Kollege Senf und andere erwiderten, dem nicht zuzustimmen. Der Antrag wurde abgelehnt. Ein Antrag des Kollegen Schmaier, für den Kollegen Friedrich Bösch, welcher schon über 20 Wochen krank ist, eine Sammlung zu veranstalten, wurde angenommen. Unter Parteibericht verwies der Vorsitzende darauf, daß der Ortsausschuß eine Kreditkassensatzung erachtet hat, die in Romeng in der Geschäftsstelle des Konsums, Nordstraße, untergebracht werden soll. Der Kassier des Romenerverbandes, der dort kein Geschäft hat, wird diese übernehmen. Der Vorsitzende ersucht zum Schluß die Kollegen, jeder Persönlichkeitsleistungen scharf entgegenzutreten.

Reichenbach. D. Am 27. November fand im Gasthaus „Zum Schwann“ unsere Monatsversammlung statt, die einigermaßen besucht war. Bei Besprechung über die Teuerungszulage waren fast alle Kollegen für darüber klar, daß die Erhöhung von 300 auf 400 Prozent nicht mit der jetzigen Teuerung in Einklang gebracht geht, aber in der nächsten Lage, in der wir uns befinden, sind wir gezwungen, dies anzunehmen. Hierbei wurde von mehreren Kollegen das Verhalten einzelner Kollegen getadelt, die nur in den Betrieben Kritik üben, aber nicht den Mut besitzen, in Versammlungen zu erscheinen, und dort ihre Wünsche und Forderungen vorbringen, ein solches Treiben ist für unsere Sache nur schädigend. Es wurde weiter beschlossen, 50 Mark zum Dankmahl als dankbare Erinnerung für unseren unergiebigen Kollegen Staudinger zu stiften. Bei Punkt Bildungsarbeiten trat eine sehr heftige Debatte ein, auch hier waren fast alle Kollegen klar, daß es notwendig sei, hier etwas Aufführung zu schaffen. Es wurden die Kollegen Bitt und Schwebel in den Bildungsausschuß gewählt. Die Erledigung verschiedener Anfragen in Lohnrechtsfragen wurde der Kommission überwiesen.

Altenau (Bieberbach). Die im Februar laufenden Jahres hier gegründete Zahlstelle hielt am 27. November eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Der Kassierer, Kollege Hejn, gab eine Uebersicht über den derzeitigen Stand der Zahlstelle. Bei Gründung gab es

16 ständige Mitglieder, jetzt über neunzig. Der Zuwachs ist fast ausschließlich durch Uebertritt aus dem christlichen Verbandsgebiet erfolgt, dank regerem Aktion des Zahlstellenleiters. Auch die finanzielle Lage ist recht befriedigend. Nach den Darlegungen des Kassierers, die von der Versammlung mit Befriedigung aufgenommen wurden, erteilte der Vorsitzende dem amtierenden Bezirksleiter Herrmann aus Jöhain den Dank. Derselbe gab der Versammlung das Uebernehmen unseres Gauleiters Adolf Herrmann bekannt und befragte den Beifall, den unsere Organisation dadurch erlitten hat. Die Verammelten ehrten das Andenken des Toten durch Erheben von den Sitzen. Hierauf gab Kollege Herrmann Bericht über den Verlauf der letzten Lohnbewegung, die nun endlich zum Abschluß gekommen ist, nachdem seit 1. Juli mit allen möglichen Instanzen verhandelt wurde. Wenn auch das Resultat keineswegs befriedigt, so waren sich doch alle Anwesenden darüber einig, daß der Verband alles getan hat, um das Mögliche zu erreichen. Nur wurde festgestellt, daß die ganzen Verhandlungen zu lange verflochten und nicht früher eine Entscheidung herbeigeführt werden konnte. In einer regen Aussprache wurden interessante Fälle aus dem Berufsleben, hauptsächlich aus der Tätigkeit der Betriebsräte behandelt. So wurde unter anderem ein Fall bekannt, der auch für die übrigen Bezirke von Interesse sein dürfte: Die Unternehmer des hiesigen Bezirkes, vielleicht auch nur einige übertriebene Beamte, hatten bei dem Steuerabzug willkürlich einen ganz ungeschickten Modus eingeführt. Sie berechneten den steuerfreien Betrag nicht pro Woche, wie vorgeschrieben, sondern pro Tag. Hatte zum Beispiel ein Arbeiter in einer Woche zwei Freitage, so wurden ihm nicht dreißig Mark, sondern nur zwanzig Mark als Steuerfrei angedreht. Trotzdem, daß die Betriebsräte die Betriebsleistungen wiederholt auf das Ungehörige dieses Verfahrens aufmerksam machten und Änderung beantragten, lehnten letztere entschieden ab. Erst nachdem Kollege Köhler einen diesbezüglichen Antrag beim hiesigen Finanzamt stellte, forderte dasselbe die Betriebsleistungen auf, das Verfahren abzuändern und künftig nach den Bestimmungen des Gesetzes zu handeln. Daraufhin haben nun die Betriebsräte den Rückzug angetreten, wie in vielen anderen Fällen auch, wo es immer hieß: „Es geht nicht!“ und bei erfolgreichem Vorgehen der Arbeiter und ihrer Vertreter schließlich doch ging. Nachdem nun alle Punkte der Tagesordnung erledigt waren, schloß der Vorsitzende unter Hinweis auf die Wichtigkeit der Organisation und Ermahnung, fest zu ihr zu stehen, die sehr anregende und belehrende Versammlung.

Reinickendorf. Hier wurde die seit dem Kriege eingezogene Zahlstelle wieder errichtet. Da nach sämtlichen Zahlstellenberichten vorhanden ist, können die hiesigen Kollegen den Beschluß, die Einzelzahlerei einzustellen und die Zahlstelle wieder in Leben zu rufen. Die betroffenen Städte Saalfeld und Rudolstadt wollen insofern der hohen Ortszustände (?) und „sonstiger Hammel“ von einem Antrag vorläufig absehen. Es soll aber darauf hingewirkt werden, daß bei Lohnbewegungen, Abschüssen von Löhnen und dergleichen Hand in Hand gearbeitet wird. Saalfeld hätte sich allerdings infolge seiner günstigeren Lage als Zahlstelle besser eignen. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Julius Haal gewählt. Die Wahl des Kassierers fiel auf den Kollegen Hugo Franke aus dem benachbarten Ort Reichenhagen. Wegen die Neugewählten ihren Posten zum Wohle aller Kollegen verlassen. Bemerkenswert sei noch, daß zur Zeit ein roter Geschäftsbetrieb am Orte herrscht, in jeder Woche ist voll und ganz.

Demitz-Tumitz. In der am 28. November stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde vom Kollegen Schuster der Kassenbericht vorgelesen. Auf Antrag der Rechner wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Weiter forderte der Kassierer die Kollegen auf, die Mitgliedsbeiträge am Jahresschluß pünktlich abzugeben und diese bis dahin in Ordnung zu bringen. Der Gründung eines Ortsausschusses für Demitz-Tumitz wurde zugestimmt und hiesige Kollegen als Delegierte gewählt: Josef Mehl, Karl Marquardt, Rich. Hache, Dennis Lehner, Bruno Bedrich, Ernst Krammer, Gustav Schönbach, Bruno Weil und der Lokalangehörige Edwin Schuster. Dann wurde Kenntnis genommen von der neuen Teuerungszulagenbewegung und den Beschäftigten der Ortsverwaltung zugestimmt. Von den Steinmetzen wurde verlangt, endlich eine annehmbare Lohngarantie für die Steinmetzen zur Einführung zu bringen. Wenn die Unternehmer sich herablassig zeigen, sollen die bisher erzählten Wände der Offenheit übergeben werden. Von den Vorstehenden wurde verlangt, daß sämtliche Kollegen den verbleibenden Lohn der Ortsverwaltung alsdann anzugeben haben. Der Vorsitzende machte die Betriebsräte auf die demnach im „Steinarbeiter“ erscheinende Musterarbeitsordnung aufmerksam. Weiter gab der Vorsitzende noch bekannt, daß die Beschaffung von Textilwaren durch die Ortsverwaltung Schwierigkeiten und Arbeit verursache und die Kollegen, wenn etwas nicht klappt, der Ortsverwaltung die Schuld nicht immer bemessen. Mit dem Hinweis, daß die Versammlungen noch besser besucht werden müssen, schloß der Vorsitzende die sehr reichhaltige Versammlung. Am 9. Dezember wurde die Teuerungszulage von 330 auf 350 Prozent erhöht. Die Verhandlungskommission der Arbeiterbewegung beschloß infolgedessen im Verhandlungswege in allerhöchster Zeit wieder neue Forderungen, einzutreten.

Rundschau.

Hans Bringsmann. Der Redakteur des Fachorgans „Der Zimmerer“ ist am 27. November, 59 Jahre alt, in Hamburg plötzlich verstorben. Der Zentralverband der Zimmerer verliert in dem Verstorbenen einen ihrer Besten, dem Erfahrung, Wissen und Können auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung zur Seite stand. Bringsmann hat im Jahre 1903 die Geschichte der Zimmerer-Bewegung in zwei Bänden geschrieben. Der erste Band, der die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung bzw. Gewerkschaftsbewegung in vorläufiger, klarer und historischer Weise behandelt, war recht bald vergriffen und war sich von den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung informieren will, muß Bringsmanns 1. Band gelesen haben. Das führt dem Verstorbenen weit über seine Berufsgenossen hinaus ein bleibendes Andenken. Die Zersplitterung in der Arbeiterbewegung hat Bringsmann seit dem Umsturz große Noterleide, das kann jeder, der früher das von ihm redigierte Fachblatt aus gelesen hat, heute feststellen. Was wir mit ihm zusammengetroffen sind, fiel immer seine Zurückhaltung und Bescheidenheit auf, diese Typen in der Arbeiterbewegung an führender Stelle werden immer seltener. Der Trauer um den Verstorbenen schließen wir uns an.

Die Lage der schwedischen Steinindustrie. Die Standanale Granitindustrie in Gothenburg (gegründet 1910, Aktienkapital 1 275 000 Kronen, je 250 Kronen) schlägt in einer Aeußerung an das Kommerz-Kollegium vor, die Ausfuhr von Steinen durch staatliche Aufsicht zu ermöglichen. Solche Ausfuhrprämien würden der Industrie größere Ersichtigerungen verschaffen, als eine vom Staate übernommene Kursgarantie von 3-4 Millionen Kronen. Im gleichen Schreiben vertritt die Gesellschaft den Standpunkt, daß die Steinindustrie wie alle übrigen Industrien durch die here Zölle in der vor dem Weltkriegszeit unsere deutschen Ritter von A. und Palm auch gewirkt und gehetzt, nur ist der Unterschied bei der schwedischen Steinindustrie, daß sie im Interesse der schwedischen Volkswirtschaft herabgesetzt werden soll, während im Parallelfall aus der „guten alten Zeit“ der sichere Verdienstgenuß der Triebfeder war.

Arbeiterproduktionszählung. Unter dieser Ueberschrift bringt die Fachpresse der Steinindustrie ein Gewerbeurteil in dem Entlassungsbericht der Stuttgarter Steinmetzen kontra Arbeitgeber. Bekanntlich wurden diejenigen Stuttgarter Steinmetzen, die sich der Steinarbeiter-Gewerkschaft angeschlossen hatten, kurzlich entlassen. Das Gewerbeurteil hat die Klage auf Entschädigung abgewiesen, weil die Isolerier-Entlassung nach § 120/3 der G.-O. berechtigt gewesen. Gegen das Urteil haben unsere Stuttgarter Kollegen scharf protestierend Berufung eingelegt. Wir kommen dann, wenn ein Urteil aus dieser Instanz vorliegt, auf die Angelegenheit zurück. Daß der Entscheid des Stuttgarter Gewerbeurteils die Arbeitgeber berührt, ist berechtigt, aber sie haben durchaus noch keinen Grund zu frohlocken. Nach unserer Auffassung ist das Urteil des Gewerbeurteils nicht autorisativ, keine logische Anwendung in anderen Fällen des Lebens führt zu ganz unhaltbaren Zuständen; ja zu einer Zwangsjahre des wünschenswerten Beilegers.

Gewerkschaftliches. In einzelnen größeren Ortsauschüssen (Gewerkschaftsämtern) ist nun dazu übergegangen, örtliche Mitteilungsblätter herauszugeben. Den Anstoß haben fast immer die Betriebsämter angelegentlich gegeben. Jetzt erscheint auch in Düsseldorf seit dem 18. Dezember wöchentlich ein solches Mitteilungsblatt. In der Nummer 2 wieder eine Uebersicht der Mitgliederzahl der letzten

